

Kommentar zur Konjunktur: Hohe Verunsicherung hält Österreich in der Stagnation

WIFO-Direktor Gabriel Felbermayrs Statement zur Sommerprognose 2024 im Wortlaut

Das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO) präsentierte am Mittwoch, den 26. Juni 2024 um 10:00 Uhr seine Konjunkturprognose für 2024 und 2025 im Rahmen einer Pressekonzferenz. Gabriel Felbermayrs Eröffnungsstatement wird hier im Wortlaut veröffentlicht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, guten Morgen!

Ein herzliches Willkommen den Kollegen vom IHS.

Nach dem gestrigen Fußballabend muss ich mich heute bemühen, das Grinsen aus dem Gesicht zu kriegen. Unsere Nationalelf scheint absolut wettbewerbsfähig, von unserer Volkswirtschaft kann man das aktuell leider nicht behaupten.

Der Aufschwung lässt weiter auf sich warten. Im Jahr 2024 dürfte die österreichische Volkswirtschaft stagnieren. Grund dafür ist eine hohe Verunsicherung, obwohl die Reallöhne deutlich steigen. Wir erwarten 2025 zwar eine Erholung, aber die reale Wirtschaftskraft pro Kopf liegt dann immer noch fast 1½% unter dem Wert von 2019, während sie in der Eurozone um gut 3% darüber liegen wird. Die Inflation geht im Jahresverlauf etwas schneller zurück und wird im IV. Quartal auf etwa 3% gesunken sein. Die Arbeitslosenquote dürfte leicht höher ausfallen als bisher erwartet.

In der März-Prognose hatte das WIFO für 2024 ein Miniwachstum von 0,2% erwartet. Nach einer zwischenzeitlichen Aufhellung der Stimmung zeigt der WIFO-Konjunkturtest aber wieder mehr Pessimismus. Trotz der starken Entwicklung der Reallöhne steigt der Konsum nur verhalten. Daher nehmen wir die Prognose für 2024 leicht zurück und sehen aktuell eine glatte Null. Im weiteren Jahresverlauf müssten dann die steigenden Reallöhne bei stabilen Arbeitsmarktverhältnissen endlich Wirkung zeigen, und für einen konsumgetriebenen Aufschwung sorgen, der 2025 ein BIP-Wachstum von 1,5% bringen sollte, 3 Zehntelpunkte schwächer als bisher erwartet, und auch schwächer als in der Eurozone.

Haushalte und Unternehmen sind immer noch massiv **verunsichert**. Der Inflationsschock wirkt immer noch nach; dazu kommt angesichts zahlreicher Insolvenzen eine steigende Angst vor Arbeitslosigkeit. Politische Unsicherheit, etwa über die Zukunft der Individualmobilität oder hinsichtlich der Energiewende im privaten Wohnbau, kommen hinzu. Die privaten Haushalte halten das Geld zusammen, und sparen bei dauerhaften Konsumgütern. Die Sparquote dürfte heuer bei 10,4% liegen, 2½ Prozentpunkte über dem Durchschnitt der Jahre 2010 bis 2019. Dieses Vorsichtssparen dämpft die inländische Nachfrage.

Verunsicherung und Pessimismus auch der Unternehmen liegen derzeit auf Rekordwerten. Große Unsicherheiten hinsichtlich der Energie- und Klimapolitik, handelspolitische Unwägbarkeiten, Fragen zur Arbeitskräfteversorgung der Zukunft, neue oft sehr bürokratische Regulierungen, und natürlich die sehr hohen Lohnabschlüsse: All dies drückt, trotz nun wieder sinkender Zinsen, auf die Investitionsbereitschaft. Die **Bruttoanlageinvestitionen** schrumpfen heuer um 2,4%, nachdem sie schon letztes Jahr um 1,3% gefallen waren. Das ist besorgniserregend, denn geringere Investitionen beeinträchtigen das Potenzialwachstum der Zukunft.

Die **Wettbewerbsfähigkeit** der österreichischen Industrie ist aufgrund der hohen Lohnabschlüsse stark unter Druck geraten. Im Vergleich zu den anderen 13 wohlhabenden EU-Ländern sind die Lohnstückkosten hierzulande seit 2019 um 11 Prozentpunkte stärker gestiegen. Das gilt insbesondere gegenüber Deutschland, das in der Krise auf Lohnzurückhaltung setzt. Dort steigen die Bruttolöhne von 2019 bis 2025 um 23%, bei uns aber um 32%, also um fast 10 Prozentpunkte mehr. Außerhalb der Eurozone verschafft der schwache Euro etwas Erleichterung, aber das geht auf Kosten der heimischen Kaufkraft.

Die **Einkommensverteilung** entwickelt sich weiter zu Gunsten der Arbeitnehmer:innen. Die Arbeitsentgelte steigen, während die Kapitaleinkommen fallen. Die bereinigte Lohnquote steigt bis 2025 auf fast 67%, nachdem sie 2022 noch bei 62% gelegen hatte. Diese Verschiebung wirkt negativ auf die Investitionsbereitschaft der Unternehmen.

Das seit März in unserer Prognose enthaltene **Einkommensquintilverhältnis** zeigt einen leichten Anstieg der Ungleichheit an. Lagen die verfügbaren Netto-Haushaltseinkommen der 20% reichsten Haushalte im Jahr 2020 etwa 4,0-mal über jenen der 20% ärmsten, so steigt das Maß bis 2025 auf knapp 4,5 an. Auch die Armutsgefährdungsquote legt leicht zu, was unter anderem mit der Zunahme der Arbeitslosigkeit zu tun hat.

Die schwache Konjunktur und die Nachwirkungen der Rekordinflation hinterlassen Spuren im **Budgetdefizit**. Bei der März-Prognose lagen die Ergebnisse des Jahres 2023 noch nicht vor. Außerdem waren das Baupaket nur teilweise, und die überproportionale Erhöhung des Klimabonus sowie das Gemeindepaket nicht berücksichtigt. In Folge liegt 2024 das Defizit nach aktueller Einschätzung nicht bei 2,9%, sondern bei 3,2% des BIP; das immer noch etwas optimistischer als die Zahlen des Fiskalrats. In den Jahren danach ist das WIFO aber etwas pessimistischer. Bis 2028 kommen wir, unter der No-Policy-Change-Annahme, nicht wieder unter die Maastricht-Grenze von 3%. D. h., Österreich würde die neuen wie die alten Fiskalregeln der EU mindestens 5 Jahre lang verletzen und damit ein Defizitverfahren riskieren.

Und damit sind wir bei den Prognoserisiken. Es ist sehr wahrscheinlich, dass es Anfang der nächsten Legislaturperiode ein **Sparpaket** geben muss. Dies würde unvermeidliche negative Effekte auf die Konjunktur haben und das Wachstum im Jahr 2025 beeinträchtigen.

Wir nehmen an, dass die Reallohnzuwächse den Konsum nach oben treiben. Aber das setzt voraus, dass die geleisteten Arbeitsstunden auch tatsächlich steigen. Damit dies gelingt, muss vor allem die **Erwerbsbeteiligung** von Arbeitskräften mit ausländischer Nationalität und die von Frauen über 60 Jahren deutlich steigen.

Ein weiteres Risiko für unsere Prognose besteht in einem eventuellen Ende von **Gaslieferungen** aus Russland. Diese sind in der EU in den letzten Monaten wieder gestiegen. Ein Ende des Bezugs wäre zwar mengenmäßig verkraftbar, würde aber wohl zu höheren Preisen und höherer Preisvolatilität in Europa führen, was die Konjunktur belasten würde.

Schließlich nehmen wir an, dass die politischen Risiken, ob in Frankreich oder in den USA, oder in den Konfliktherden dieser Welt – Ukraine, Taiwan – nicht eskalieren.

Nun noch ein paar wirtschaftspolitische Überlegungen:

Das Kernproblem der österreichischen Volkswirtschaft liegt darin, dass die multiplen Krisen der letzten Jahre **Wohstandsverluste** gebracht haben. Darauf habe ich vielfach hingewiesen. Man hat aber versucht, diese realwirtschaftlichen Einbußen durch expansive Fiskalpolitik und durch Reallohnausgleich zu verstecken. Das kann dauerhaft nicht gelingen. Die Folgen sind: ein zu hohes Budgetdefizit, eine dauerhaft überhöhte Inflation und eine zurückgehende internationale Wettbewerbsfähigkeit. Wahrscheinlich ist auch die hohe Verunsicherung ein Resultat dieser fundamentalen Inkonsistenz.

Nun braucht es ein Rendezvous mit der Realität.

Die nächste Regierung wird einen **finanzpolitischen Konsolidierungskurs** fahren müssen. Wir empfehlen folgende schnell umsetzbare Maßnahmen: (1) Heben bestimmter Effizienzpotenziale, etwa in der Arbeitslosenversicherung, (2) Beschneidung von Subventionen und Förderungen aller Art, (3) Zurückhaltung bei den Löhnen im öffentlichen Sektor, (4) eine Eindämmung der Zuschüsse in das Pensionssystem. Und, ja, wahrscheinlich wird es auch eine Erhöhung von Steuern brauchen, etwa von spezifischen Verbrauchssteuern, die durch die Inflation entwertet wurden, z. B. der Mineralölsteuer, die seit 2011 nicht erhöht wurde, während der VPI seither um 40% zugelegt hat.

Die nächste Regierung wird sich nicht nur um das Budget, sondern auch um das **langfristige Potenzialwachstum** der österreichischen Volkswirtschaft kümmern müssen. Dieses ist auf etwa unter 1% herabgesunken ist. Gleichzeitig wächst die Bevölkerung und es gibt enorme Transformationsaufgaben. Nach Wiederherstellung des budgetären Spielraums muss die Absenkung der Lohnnebenkosten in Angriff genommen werden, und es muss noch mehr für Forschung und Entwicklung getan werden.

Einige Reformen, die aber kein Geld kosten, sollten prioritär angegangen werden. Es braucht einen beherzten und wirksamen Kampf gegen den **Bürokratismus**, z. B. durch generelle Sunset-Klauseln, oder durch Abbau überschießender Regulierung in manchen Bereichen. Es braucht einen starken Einsatz für die Vertiefung des EU-Binnenmarktes und für abgespeckte, aber effektive Freihandelsabkommen mit Drittländern.

Durch ein klares, konsistentes Programm sollte auch die Verunsicherung kleiner werden. Dazu jetzt noch ein paar Ausführungen von unserem Konjunkturchef Christian Glocker.

Wien, am 26. Juni 2024

Begleitende Präsentationsunterlagen, die das Presse-Statement von WIFO-Direktor Gabriel Felbermayr veranschaulichen, stehen Ihnen [hier](#) zum Download zur Verfügung.